fragt wurde, hat er eine Nichtigkeitserklärung veröffentlicht. Jetzt gibt er sogar eine schriftliche Erklärung ab. Man achte nun auf die deutschen Zeitungen, deren Kronzeugen Northcliffe und Maurice waren, ob sie von der Erklärung des Generals Nolly nehmen werden.

Der Riß im Deutschen Beamtenbund.

Nach fast zweitägiger Aussprache hat der 12. Verbandstag des 150000 Mitglieder zählenden Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten seinen Austritt aus der Reichspostgewerkschaft und dem Deutschen Beamtenbund beschlossen. Nachdem schon vor einiger Zeit die durch den letzten Eisenbahnerstreik in der Oeffentlichkeit bekanntgewordene Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahn-Beamten und -Anwärter denselben Schritt getan hat, dürfte damit eine neue Krise in der deutschen Beamtenbewegung einsetzen. Denn es liegt auf der Hand, daß dieser Austritt der Reichspostgewerkschaft aus dem Deutschen Beamtenbund gleichbedeutend ist mit ihrem Uebertritt in den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, der freigewerkschaftlich organisierten, also sozialistischen, Beamtenspitzengruppe, deren Kern eben die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten bildet. Der Stand innerhalb der deutschen Beamtenbewegung ist also nun so, daß neben dieser parteipolitisch eingestellten Organisation und dem ebenfalls parteipolitischen Deutschen Gewerkschaftsbund (Christliche Gewerkschaften) die beiden parteipolitisch neutralen Organisationen, nämlich eben der Deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände stehen. Da die christliche Gewerkschaftsbewegung schon lange an der Arbeit ist, ihren Rahmen weiter zu spannen und Teile des Deutschen Beamtenbundes zu sich herüberzuziehen, so wird nunmehr auch der Gewerkschaftsring nicht länger mehr müßig sein dürfen. Dabei ist ihm sowohl wie dem Deutschen Beamtenbund der Weg gewiesen. Rechts und links von diesen beiden Spitzenorganisationen, die beide den Grundsatz der unbedingten parteipolitischen und religiösen Neutralität haben, stehen politisch orientierte Gegner. In solchen Augenblicken haben rein äußere Organisationsfragen zu schweigen und es hat die gemeinsame Verteidigung des gemeinsamen Prinzips in den Vordergrund zu treten. Die Teile der Beamtenschaft, die an der Zweckmäßigkeit der parteipolitischen Neutralität in der Berufsorganisation festhalten, werden sich der Notwendigkeit dieser Entwicklung nicht mehr lange verschließen dürfen, wenn sie nicht der Gefahr einer Aufsaugung von rechts oder links erliegen wollen.

Kleine politische Meldungen.

Die Verpfändung von Industriewerten. Die Baseler Nachrichten melden aus Paris, daß am Montag wieder zwei Mitglieder des Garantiekomitees in Berlin einträfen, sie hätten die Aufgabe, Deutschland nur Rückfragen zu stellen, insbesondere wegen der Garantiehingabe durch Industriewerte.

Die ungünstige Lage der deutschen Kohlenwirtschaft. Aus dem neuesten Bericht des Geschäftsführers des Reichskohlenrates geht hervor, daß sich das deutsche Volk für den kommenden Winter auch auf eine höchst ungünstige Gestaltung der deutschen Brennstoffversorgung gefaßt machen muß. Die Steinkohlenförderung ist in den letzten Monaten geradezu erschreckend zurückgegangen. In den Bergarbeitermassen wird überdies eine Massenkündigung und neue Lohnbewegung vorbereitet. Eine Vorratsbeschaffung, wie sie sonst im Juli und August üblich war, muß sich in engsten Grenzen halten. Die Zerreißung Oberschlesiens bedeutet einen Ausfall von 20 Prozent unserer bisherigen Gesamtkohlenförderung. Also wird zur Teuerung auch noch Kohlennot im Winter kommen.

Aufgehobene Haftbefehle. In der Untersuchung gegen die Organisation C und gegen die Mitschuldigen an der Ermordung Rathenaus hat der Untersuchungsrichter am Landgericht Berlin in den letzten vierzehn Tagen 18 Haftbefehle aufgehoben. Die Zahl der Angeschuldigten ist auf 42 zurückgegangen, die sich zurzeit im Berliner Untersuchungsgefängnis befinden.

Knappheit an Zahlungsmitteln. In München sind seit zwei Tagen Gerüchte verbreitet, daß durch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und München die Auszahlung der Beamtengehälter gefährdet sei. Demgegenüber wird erklärt, daß die augenblickliche Knappheit an Zahlungsmitteln eine nachträgliche Folge des seinerzeitigen Streiks in der Reichsdruckerei sei, dessen Wirkungen sich jetzt zeigen.

Der Schiffahrtsstreik in Hamburg beendet. In der Sonnabend abend in Hamburg abgehaltenen Versammlung des Verbandes der Ingenieure und Seemaschinisten wurde für die Einstellung des Streikes eingetreten. Es wurden insgesamt 586 Stimmen abgegeben, von denen 450 für Abbruch des Streiks und 131 für Weiterführung des Streiks eintraten. 5 Stimmen waren ungültig.

Die Lokomotivführer gegen Eisenbahnerstreiks. Eine bemerkenswerte Entschließung wurde in Berlin in einer vom Verband deutscher Lokomotivführer einberufenen Versammlung angenommen. Es heißt in dieser Entschließung, der Verband deutscher Lokomotivführer steht in der Frage des Beamtenstreiks auf dem Boden der vom Deutschen Beamtenbund angenommenen Haltung. Das Recht zur Dienstverweigerung darf von den Beamten nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die Reichsverfassung oder die Grundrechte des Beamtenstandes gefährdet sind.

Korfantys Kandidatur erledigt. In einer Sitzung des Hauptausschusses des Sejms wurde der Beschluß, mit dem der Abgeordnete Korfanty zum Ministerpräsidenten designiert war, mit 222 gegen 202 Stimmen aufgehoben. Staatschef Pilsudski designierte hierauf den Rektor der Jagellonischen Universität Julian Nowak zum Ministerpräsidenten. In der Abendsitzung des Ausschusses stimmten 240 Abgeordnete gegen 184 für die Kandidatur Nowak, der sofort an die Bildung des Kabinetts schreitet.

Korfanty gegen Pilsudski. Korfanty hat den Kampf um die Gewinnung von Deutschoberschlesien auf der ganzen Linie aufgenommen. Diese Woche sollen in Polen Massenversammlungen für das polnische Recht auf Oberschlesien bringen. Korfantys Agitation sei die letzte Phase in dem Entscheidungskampf zwischen ihm und Pilsudski.

Keine unvorbereitete Konferenz. Der Korrespondent der Chicago-Tribune erfährt, daß Lloyd George nach wie vor für eine Vertagung des Zusammentreffens mit Poincare eintritt. Die großen Londoner Bankiers haben den Premierminister davon in Kenntnis gesetzt, daß sie der Ansicht sind, es sei nutzlos, eine neue Konferenz einzuberufen, bis Anzeichen dafür vorliegen, daß sie auch Erfolg haben wird. Finanzielle Kreise warnen energisch vor einer neuen Konferenz, die möglicherweise mit einem Fehlschlag endigen könnte und führen aus, daß ein solcher die Lage nur verschlimmern würde.

Annäherung zwischen Rußland und Frankreich. Der Führer der französischen radikalen Partei, Herriot, hat einem Pressevertreter erklärt, daß er von der französischen Regierung gefragt worden sei, ob er bereit sei, als ihr Vertreter nach Rußland zu gehen, um für die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich zu arbeiten.

Das Komplott gegen Poincare. Nach neueren Mitteilungen der französischen Polizei hat sie die Warnung wegen eines Komplottes gegen Poincare von der belgischen Regierung erhalten. Die Brüsseler Amtsstellen sollen im Besitz eines umfangreichen Aktenmaterials über die Organisation Consul sein, aus dem angeblich derartige Pläne gegen Poincare zu entnehmen waren.

De Valera verläßt England. Nach amerikanischen Meldungen hat de Valera nach dem Zusammenbruch des republikanischen Bandenkrieges Irland verlassen. Er soll nach den Vereinigten Staaten unterwegs sein, um dort Gelder für die Ausrüstung eines neuen Aufstandes zu sammeln.

Warum Amerika nicht eingreift. Der amerikanische Finanzpolitiker Frank Vanderlip erklärte einem Mitarbeiter der München-Augsburger Abendzeitung, daß Amerika vor der neuen Präsidentenwahl keine entscheidenden Schritte unternehmen werde, und zwar einmal, weil eben die Wahl bevorsteht, dann aber auch, weil in Europa keine moralische Führerschaft vorhanden sei.

Demonstrationen und Ausschreitungen.

Eine Warnung des sächsischen Wirtschaftsministers.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt folgendes mit: Anläßlich der Demonstrationen gegen den Rathenaumord am 27. Juni und zum Schutz der Republik am 2. Juli ist es im Lande leider mehrfach zu Ausschreitungen gegen Unternehmer und Leiter industrieller Betriebe gekommen. Wenn man auch die berechtigte Erregung der Arbeiterschaft und aller ehrlich gesinnten Republikaner in Rechnung stellt, so können solche Ausschreitungen doch keineswegs gebilligt werden. Sie sind im Gegenteil dazu geeignet, den Wert der rein politischen Demonstrationen herabzumindern und die Wucht der im übrigen eindrucksvollen Kundgebungen zu verringern. Vor allem aber können solche Unbesonnenheiten, die mit dem Zwecke der Demonstration nicht das mindeste zu tun haben, sehr leicht zu erheblichen Schädigungen des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Ordnung und Sicherheit führen. Ohne an dem Recht, für große politische Grundforderungen — besonders für Schutz und Erhaltung — der in der Revolution erstandenen neuen deutschen Republik zu demonstrieren, irgendwie zu rütteln kann das Wirtschaftsministerium, dem die Förderung des Wirtschaftslebens im besonderen anvertraut ist, nicht umhin, sein Bedauern über diese, wenn auch glücklicherweise nur vereinzelten, Ausschreitungen Unbesonnener auszusprechen und erhofft für die Zukunft bei etwaigen ähnlichen Anlässen ein völliges Ausbleiben so unliebsamer Vorkommnisse.

Das Wirtschaftsministerium weiß sich in der Verurteilung aller Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen völlig einig mit den berufenen gewerkschaftlichen Arbeitsorganisationen. Es erkennt auch ohne weiteres die mustergültige Ruhe und Würde an, die die Demonstranten im ganzen Reiche im allgemeinen gewahrt haben. Wenn daher vom Wirtschaftsministerium erwartet wird, daß die sich ihren Pflichten bewußte organisierte Arbeiterschaft in Zukunft bemüht sein wird, Ausschreitungen irgendwelcher Art anläßlich öffentlicher Demonstrationen zu verhindern, so ist es sich bewußt, damit dem ruhigen und geordneten Fortgange der Produktion und der Sicherheit der Betriebsleitungen einen ebenso guten Dienst zu erweisen, wie der nur allzu berechtigten politischen Sache derjenigen, die sich zum Beweise ihres Willens und ihrer Stärke als Schützer der neuen deutschen Republik und als ehrlichste und treueste Sachwalter des neuen deutschen Vaterlandes demonstrierend auf der Straße zeigen. (Soweit die offiziöse Mitteilung. Sie kommt reichlich spät, aber — sie kommt!)

Von Stadt und Land.

Aue, 31. Juli 1922.

Eine Regierungsvorlage über das Begehren der Landtagsauflösung. Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 28. Juli beschlossen: 1. dem Landtage wegen des Volksbegehrens auf Auflösung des Landtages eine Vorlage zu machen, 2. dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Hengstkörung vorzulegen, 3. den Ausgleichszuschlag für Beamte und Angestellte im Anschluß an die Regelung des Reiches zu erhöhen.

Ausweise auf Kraftwagenlinien. Von der Sächsischen Staatlichen Kraftwagenverwaltung ist bestimmt worden, daß auf den staatlichen Kraftwagenlinien in unmittelbarer Nähe der Reichsgrenze vom 1. August ab von tschecho-slowakischen Fahrgästen das Fahrgeld, sowie die Gepäck- und Expreßgutfracht in tschechischen Kronen erhoben wird. Für reichsdeutsche Reisende ändert sich an den bisherigen Tarifen nichts. Nur haben sich Reichsdeutsche, welche die genannten Linien benutzen, als Inländer auszuweisen, wobei jeder Ausweis zulässig ist, aus dem die deutsche Staatsangehörigkeit ersichtlich ist. Die Kraftwagenführer sind angewiesen, den inländischen Fahrgästen beim Nachweis ihrer Reichsangehörigkeit in weitestgehendem Maße entgegenzukommen, und es darf erwartet werden, daß die deutschen Reisenden die kleine Unbequemlichkeit im Interesse der Rentabilität des Kraftwagenunternehmens gern in Kauf nehmen.

Posaunenfest in Aue. Das langangekündigte Fest nahm seinen Anfang am Sonnabend durch den feierlichen Empfang der auswärtigen Gäste. Mit klingendem Spiel wurden die Bläser vom Bahnhof zur Verbandssitzung geleitet. Der Sachsenverband zählt bei 20 Chören 300 Mitglieder. Unter der Leitung des ersten Vorsitzenden Ungethüm-Werdau nahm die Verbandssitzung einen harmonischen Verlauf. Dabei war der Bund christlicher Posaunenchöre (gegründet 1909) vertreten durch seinen Vorsitzenden Prediger Neuhäuser aus Altensteig Württemberg und den Schriftleiter der Bundeszeitschrift Posaune Ernst Lang aus Neuenbürg bei Pforzheim. Zur großen Freude der Anwesenden war auch der Ehren-Dirigent des Verbandes Prediger Lindner aus Leipzig erschienen. Daraufhin folgte die Hauptprobe der Massenchöre unter der zielbewußten Leitung des Verbands-Dirigenten Curt Roßner-Aue. Der Festtag wurde durch eine Morgenmusik vom Castlerplatz aus eingeläutet. Die Methodistenkirche konnte die großen Scharen, die am Festgottesdienst teilnehmen wollten, nicht fassen, und so mußte die Feier im Freien stattfinden, begünstigt durch das herrliche Wetter. In geschlossenem Zuge marschierten sodann die Bläser gegen 11 Uhr nach dem Marktplatz, wo unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung die geplante Platzmusik einen erhebenden Verlauf nahm. Die Leistungen des Massenchores gingen weit über den gewöhnlichen Durchschnitt hinaus. Die Stadt entbot durch Stadtrat Schubert einen herzlichen Willkommengruß. Schriftführer Lang dankte der gastfreund-

Aus eigener Kraft.

Originalroman von **H. Abt.**

Copyright Greiner & Comp., Berlin.

(36. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Es wurde still im Kontor, so still, daß Käthe Ellert hörte, wie der fremde Mann schweratmend dasaß, als ob die Luft sich ihm in der Brust zusammenpresse. Sie tat ihm leid, jawohl, das fühlte sie, aber das hatte sie nicht bezweckt, als sie, die doch sonst über ihre sonnenlose Jugend eine fast schamhafte Zurückhaltung beobachtete, in schlichten Worten ein Bild ihres Lebens gegeben, als wären der gute Blick, das verständnisvolle Nicken des ihr Zuhörenden der Schlüssel, der ihr das Innere aufschloß. Aber Mitleid hatte sie nicht erwecken wollen. Das sollte er nicht denken!. Und wieder hellen Tones schloß sie mit leisem Lächeln: „Aber nun, gottlob, geht's mir mit Mütterchen wieder so weit ganz gut."

Mit einer fast heftigen Bewegung hatte sich Jobst Müllenhof von seinem Sitz erhoben und einen Schritt auf Käthe Ellert gemacht.

„Du armer, lieber Kerl!" hätte er rufen mögen und ihr über das lächelnde Gesicht streicheln. Er tat es nicht, aber seine Hand streckte sich ihr entgegen, wie er sagte: „Jetzt hab' ich Sie lange genug aufgehalten und werde gehen. Geben Sie mir nur ruhig die Waschhand und soll ich dabei „Auf Wiedersehn" sagen?"

„Mir wär's gewiß eine Freude," gab sie, ein wenig verwirrt, zurück und dachte beklommen: „Nun hat er wirklich nicht noch einmal nach Rudolf Müllenhof gefragt."

Mit stummer, heimlicher Bitte lächelte sie ihn an, als wollte sie so seine Güte, die sie ahnte, für einen anderen herbeibitten.

Er klopfte leicht mit der Linken ihre Hand, die er in der Rechten hielt, und gab sie dann mit kurzem Druck wieder frei.

„Na, da tippen Sie also mal vorläufig noch fleißig weiter."

Er nickte ihr zu, drehte sich herum und wollte den Spazierstock, den er gegen den Stuhl gelehnt, zur Hand nehmen, als der Stock ausgleitend mit lautem Aufschlag zu Boden fiel. Noch bevor er sich danach gebückt, hatte Käthe Ellert ihn bereits aufgehoben, um ihn seinem Besitzer hinzureichen. Da weiteten sich plötzlich in starrem Staunen und atemlosem Erschrecken ihre Augen — dieser fast lächerlich seltsame goldene Stockknauf — denn er war von gediegenem Golde, das sah sie wohl — und dazu ein Wort, das Rudolf Müllenhof gesprochen und dem sie schon öfters nachgegrübelt hatte.

„Das bemerkenswerteste an ihm ist entschieden — der goldene Ochse."

Es packte sie, daß sie nicht wußte, was sie tat, und rief, als sie, den Stock mit beiden Händen umfassend, den vor ihr Stehenden anstarrte, der ihr aus einem Fremden so jählings zum Bekannten geworden war:

„Aber Sie — Sie sind ja doch der Onkel Jobst!"

Er sagte nicht ja und sagte nicht nein, sah sie nur an, die auf einmal mit Blut übergossen dastand, und nur ein glühendes, erdrückendes Schamgefühl hatte: „Nun hast du dich verraten!" Denn sie empfand es deutlich, die scharfen, stetigen Augen blickten hinein in sie und sahen klar, was sie seit vierzehn Tagen vergeblich in sich zu begraben suchte. Laut auf hätte sie weinen mögen vor hilflosem Schämen.

Da nahm ihr Jobst Müllenhof langsam den Stock aus der Hand, und mit dem Finger gegen den goldenen Ochsenkopf tippend, sagte er, und ein leises Spotten war in seinem Ton: „Ja, wenn einer unerkannt bleiben möchte, darf er nicht seinen eigenen Steckbrief mit sich führen. An dem also hat der schöne Rudi den Onkel Jobst Ihnen kenntlich gemacht."

„Nein, nicht an dem. Das war nur so ein Scherz, den ich überhaupt nicht begriff. Womit er mir seinen Onkel kenntlich gemacht, das waren ein paar ganz andere Worte."

Sie sagte nicht, daß es Worte der Hochschätzung gewesen; doch der Ton sprach es aus. Und ihre Augen, in denen noch die heiße Scham brannte und die sie doch jetzt ungescheut zu Jobst Müllenhof erhob, die sprachen, sprachen für den Neffen, daß der Onkel sich von dem kein falsches Bild mache.

Er sah sie nicht länger an, hatte sich halb zum Gehen herumgewandt und sagte leichthin: „Natürlich, wenn man so täglich zusammen ist, da wird von dem und jenem gesprochen." (Fortsetzung folgt.)